

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 3

Artikel: Für den Austritt aus dem Bundesrat : Hoffnung schaffen!
Autor: Maissen, Toya
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340113>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Hans Peter Tschudi mahnt zum Verbleib.

krieg, hat unsere Sozialpolitik stagniert. Die Schweiz ist im Vergleich zu anderen Industriestaaten in einen deutlichen Rückstand geraten. Seit unserer Regierungsbeteiligung haben wir diesen Rückstand eingeholt. Doch bleibt in der Sozialpolitik manches zu verwirklichen.

Ernst Nobs hat als Finanzminister entscheidend zur Schaffung der AHV beigetragen, weil er Bundesmittel zur Verfügung gestellt hat. Durch die Revisionen ist der soziale Charakter der AHV und der IV wesentlich verstärkt worden. Die Mindestrente ist heute 17mal höher als zu Beginn, die Höchstrente nur 11mal. In dieser sozialen Richtung muss es weitergehen. Nicht der jämmerliche Vorschlag der AHV-Kommission für eine 10. Revision darf verwirklicht werden. Ich bin überzeugt, dass dieser klägliche Entwurf vom Bundesrat, nicht vom Parlament, in den Papierkorb geworfen werden wird.

Nicht nur die Betagten, sondern auch die Jungen werden berücksichtigt. In Zusammenarbeit mit der Studentenschaft haben wir die Beteiligung des Bundes an den Stipendien vorgeschlagen und damit die Ausbildungschancen der jungen Generation verbessert. Heute

ist diese soziale Errungenschaft gefährdet. Sie muss verteidigt werden. Dies wären Beispiele für die von Peter Bichsel geforderten Signale.

Viele Befürworter des Austritts anerkennen diese Fakten, doch verweisen sie auf die heutige schwierige Situation. Tatsächlich entsprachen manche Entschiede nicht unseren Vorstellungen.

Unbestritten ist, dass die Vorschläge des Bundesrates oft deutlich besser waren als die Beschlüsse des Parlaments. Es wäre verhängnisvoll, aus dem Bundesrat auszutreten und damit auch diese Behörde auf eine reaktionäre Politik umzustellen. Im Gegenteil, wir müssen uns bemühen, unsere Positionen zu verstärken. Ich bin mit allen Vorschlägen für eine offensivere Politik einverstanden; doch kann diese nicht beginnen mit dem Verzicht auf die Mitsprache im wichtigsten Staatsorgan. Damit hätten Prof. Wittmann und seine neokonservativen Kollegen endlich den Erfolg, der ihnen die soziale

Demontage erlauben würde, und zwar mit Hilfe unserer Partei! Wohl wird eingewendet, wir würden uns mit Referenden zur Wehr setzen. Hoffentlich! Mir genügt aber das Referendum nicht, weil es alles beim alten belässt. Unsere Partei will und muss Neues schaffen. Beispiele sind heute öfters genannt worden: Umweltschutz, Sozialpolitik, Bildung und Forschung. Die Gesetzesentwürfe werden vom Bundesrat den eidgenössischen Räten vorgelegt. In der Regierung werden bereits die entscheidenden Weichen gestellt. Dort müssen wir Einfluss ausüben. Bei unserer Minderheitsposition lassen sich wohl nur Teilerfolge erzielen; doch diese sind wichtig und positiv für die kleinen Leute. Zwei gründlich vorbereitete und gut zusammenarbeitende sozialdemokratische Bundesräte können im Siebner-Kollegium manches durchsetzen und anderes verhindern. Dies ist meine Erfahrung. Darum mein Rat:

Haltet diese Stellung!

Für den Austritt aus dem Bundesrat

Hoffnung schaffen!

Von Toya Maissen, Journalistin, Basel

Endlich, liebe Genossinnen, liebe Genossen, sind wir unter uns, bei aller Öffentlichkeit, der wir auch hier ausgesetzt sind, endlich können wir uns darüber aussprechen, wohin unser Weg, der Weg der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, in nächster Zukunft führen wird.

Morgen werden wir abstimmen. Dabei wird es Überlegene und Unterlegene geben. Ich hoffe für uns alle, dass es keine Triumphierenden geben wird. Wie auch immer, wir haben *alle* ge-

lernt und sind geübt im Einstecken von Niederlagen. Gut für die Partei wäre es, wenn die Überlegenen den Unterlegenen dabei helfen würden.

In den fünfzehn mir zugestandenen Minuten ist es mir kaum möglich, alles auf den Tisch zu legen, was für diesen Austritt spricht. Lasst mich deshalb die Stimmung wiedergeben, in welcher sich jene von uns befinden, die es so nicht mehr aushalten, deren Ehre und Würde als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verletzt ist,

die *jetzt* einfach an die frische Luft müssen.

Fragen—Erkennen—Handeln. So heisst es in der Präambel zu unserem neuen Parteiprogramm von 1982. Die Frage ist gestellt. Aber was haben wir erkannt, wie werden wir handeln? Wir leben an der Wendezeit zum nachindustriellen Zeitalter, mitten in der elektronischen Revolution, die uns Veränderungen beschert, von denen wir teilweise keine Vorstellung haben, die wir höchstens erahnen können. Die Probleme haben lawinenartig zugenommen. Die Rechnungen für unser flottes Leben während der Hochkonjunktur flattern jetzt fast alle gleichzeitig ins Haus.

Aber die herrschende Minderheit hat die Zeichen an der Wand nicht erkannt. Und die politische Schweiz der achtziger Jahre reagiert hilflos, ratlos, phantasielos und höchst aggressiv. Ihre Parole heisst: Augen zu, Ohren zu und weiterwursteln wie bisher. Dass dabei das gesellschaftliche und auch wirtschaftliche Gefüge ins Rutschen gekommen ist, kümmert diese herrschende Minderheit nur wenig, denn noch sind sie selber ja nicht betroffen. Meinen sie.

Die SPS hat in den letzten Jahren immer wieder versucht, Pflöcke einzuschlagen, den Abhang gemäss *ihren* Vorstellungen zu sichern. Aber man hat ihre Pflöcke systematisch immer wieder umgehauen. Und nicht genug der permanenten Niederlage in Sachfragen: Zum Schaden kommt jetzt auch noch der Hohn.

Der 7. Dezember war nur der vorläufige Schlusspunkt einer Serie von politischen Gemeinheiten und bössartigen und folgenschweren Dummheiten, nicht nur gegen uns, sondern auch gegen die politische Kultur in diesem Land. Immerhin sind wir darob *alle* erwacht.

Während der zwölf fetten Jahre unserer Beteiligung im Bundes-



SP-Frauen: Maissen und Uchtenhagen.

rat hat man uns gnädigst gestattet, das für einen so reichen Industriestaat eigentlich Selbstverständliche im sozialen Bereich zu erkämpfen.

Als die mageren Jahre ins Land gingen, musste das *Verdingkind Sozialdemokratie* wieder in der Küche essen und im Keller schlafen. Muckste es auf, so setzte es Prügel ab. Zum Beispiel am 7. Dezember. Soll die SP Schweiz aber weiterhin als Verdingkind im freisinnigen Herrscherhaus dienen? Wir diskutieren hier gar nicht eigentlich den Rückzug aus dem Bundesrat, sondern den Rückzug aus dem Freisinn.

Als der Scherbenhaufen nach dem 7. Dezember sichtbar wurde, wechselte man im freisinnigen Herrscherhaus die Gangart. War doch über die Handlanger und sonstigen zugewandten Orte der Katzenjammer gekommen.

Man will uns nämlich behalten. Deshalb das Sperrfeuer aus den bürgerlichen Medien auf unsere Mitglieder. Deshalb die Drohungen, Verdrehungen, Lügen, Halbwahrheiten und Verleumdungen. Deshalb auch wurde bereits *vor dem 7. Dezember*

der Parteipräsident zum Abschluss freigegeben.

Jetzt offeriert uns die Herrschaft — mindestens bis das Schlimmste überstanden ist — das Kinderzimmer. Der Fraktion weisen sie die Rolle der Gouvernante zu. Sie soll für Ordnung in der eigenen Partei sorgen. Dann, so glauben sie, würde sich alles wieder einrenken lassen.

Das Rezept also lautet: Zuerst langsam die Glaubwürdigkeit zerstören, demütigen und blossstellen, und dann, damit auch ja keine Zweifel über den Standpunkt des Herrn im Hause aufkommen, musste sich Lillian Uchtenhagen für *uns* Genossinnen und Genossen den Tritt geben lassen.

Solcherart vertrampelt, möchte man uns gern behalten, denn nur so verkommt die SPS in Zukunft zu jener Bedeutungslosigkeit, mit der sich dann die Macht in den Händen der Minderheit bequem und ungestört und erst noch «konkordant» verwalten lässt.

Man trifft uns also dort, wo wir am empfindlichsten sind: Man will uns damit die aktive Basis vernichten. Damit soll die Par-

tei noch mehr demobilisiert werden. Die brauchen ihre Parteien ohnehin nur für schön. Geld und Macht werden ja wirklich nicht im Bundeshaus aufbewahrt.

Das Resultat ist klar: Wer wird denn angesichts einer derart gedemütigten Partei noch Lust haben, sich zu engagieren? Wer soll denn in den nächsten Jahren noch bei uns eintreten? Etwa die Jungen? Oder gar die Frauen? Was bringt der Arbeiterbewegung die Regierungsbeileiligung, wenn sie unter Mitgliederschwund leidet? Keine Aktiven, keine Jungen, keine Neuen? Was macht eine Partei ohne Nachwuchs und aktive Basis?

Diese offensichtliche Strategie des Freisinns müssen wir bekämpfen. Sie lässt sich nicht bekämpfen mit einem *Ja, aber*. Uns bleibt nur das knallharte *Nein*. Das ganz deutliche: *Ohne uns!* Sie rechnen jetzt schon fest damit, dass wir dazu den Mut nicht aufbringen. Ihre Propagandamaschine war gut geschmiert. Sie haben schon vor uns mit *unserer* Diskussion begonnen.

Wir aber haben nicht erst am 7. Dezember unsere Glaubwürdigkeit, unsere Würde und unser Gesicht verloren. An diesem Tag war es nur besonders offensichtlich. Unser Selbstbewusstsein ist schon längere Zeit angeschlagen. Aber eine Partei wie die unsere, ohne Selbstbewusstsein, sie ist in ihrer physischen, geistigen und politischen Existenz in Frage gestellt.

Zuviel haben wir in den letzten Jahren gedeckt. Für Zuvielen haben wir unseren ehrlichen Namen hergegeben. Wir glauben an eine Kollegialbehörde, die keine mehr ist. Wir glauben an eine Regierung, wo wir bestenfalls Mitsprache, aber keine echte Mitbestimmung haben. Der Bundesrat, das ist doch der Briefkasten, wo die herrschende Minderheit, der militärisch-

industrielle Komplex nämlich, seine Forderungen einwirft. Die Kollegialbehörde schreibt die Texte fürs Volk ins Unleserliche und Unverständliche um. Das Parlament mit seiner herrschenden Mehrheit macht die Marschmusik zu diesen Libretti. Und wir decken das und verbergen unser offenes Gesicht hinter der kollegialen Maske. Wir tun, als ob in Bern regiert wird. Dabei wird doch dort regiert, wo die Macht ist, wo die Produktionsentscheidungen fallen, wo über Arbeitsplätze entschieden wird. Ein aktuelles Beispiel ist die Giessereiindustrie, wo ein Entlassungskartell 400 Leute auf die Strasse gesetzt hat. Und wir müssen hilflos zuschauen. Weil kein Druck von unten mehr da ist. Alles hat das System aufgesogen.

Ich behaupte ja nicht, dass in dieser Kollegialbehörde nicht lauter ehrenwerte Männer sitzen. Auch wenn für eine SP-Frau kein Platz ist. Trotzdem decken wir zuviel, was in dieser sogenannten Kollegialbehörde geschieht.

Wir decken eine Militärpolitik, die in den nächsten Jahren neun Milliarden Franken verschlingen wird. So hat es der Bundesrat vorgesehen. Für den sterbenden Wald sind ganze 40 Millioenen vorgesehen.

Vor einem Vierteljahr haben wir Notrecht verlangt für den Notstand im Wald, haben Massnahmen gefordert mit Dringlichkeit. Umsonst. Herr Egli wartet Forschungsergebnisse ab, reist in ganz Europa herum, verkauft unsere Forderungen plötzlich als seine eigenen. Aber vor allem: Er lässt sich Zeit. Und inzwischen stirbt der Wald, der Bannwald, der Schutzwald, die Lebensgrundlage nicht nur für die Genossinnen und Genossen in den Alpen-Kantonen. Und wir decken das, *denn Egli ist ein ehrenwerter Mann*.

Man hat am 26. Februar dieses Jahres den Bundespräsidenten öffentlich gefragt, ob der neue Finanzplan samt Richtlinien für die neue Legislaturperiode ohne Sozialdemokraten anders aussehen würde. Und Bundesrat Schlumpf hat geantwortet, ich zitiere aus der NZZ: *Sie wären mit oder ohne Sozialdemokraten gleich ausgefallen*. Uns stört das offensichtlich nicht. *Denn Leon Schlumpf ist ein ehrenwerter Mann*.

Und der vielbeschäftigte Wirtschaftsminister Furgler? Er stiehlt sich aus der Kollegialität hinaus, wenn *sein Gewissen* tangiert ist. Und wir machen ihm das nicht etwa nach, nein, wir segnen das ab. *Denn Furgler ist ein ehrenwerter Mann*.

Und Bundesrat Friedrich? Er hat letztes Jahr seine Bundespolizei ins Vorzimmer von Willi Ritschard geschickt. Seinen engsten Mitarbeitern wurden Fingerabdrücke genommen, wie gewöhnlichen Kriminellen. Es war Nowosti-Zeit in Bern. Und wir haben das gedeckt. *Denn Friedrich ist ein ehrenwerter Mann*.

So kann bundesrätliche Kollegialität aus der Nähe aussehen. So haben wir Schritt für Schritt in den letzten Jahren unsere Glaubwürdigkeit eingebüsst. Deshalb sind uns die Wähler doch davongelaufen. Sie trauen angesichts der erbärmlichen Wirklichkeit unseren schönen Worten nicht mehr. Wir hängen ihnen zum Halse heraus. Und so geht es vielen Genossinnen und Genossen, die sich ehrlich bemühen und redlich abstrampeln.

Man hat über unsere Ideale gespottet. Und damit spottet man auch über jene, die Hoffnungen wecken wollen, die noch an Land und Leben glauben wollen. Angesichts der Tatsache, dass weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung sich resigniert, gelangweilt und vor allem angewidert von der eidgenössischen

Politik abgewendet hat, könnte der Schritt weg von der Macht-ausübung des Freisinns die Erstarrung lockern, Hoffnung wecken.

Die Hoffnungsvollen innerhalb und ausserhalb unserer Reihen putzt man weiterhin mit dem Hinweis auf die Realpolitik der fünfziger und die Sachzwänge der achtziger Jahre ab. Aber mit diesen Rezepten — auch wenn sie einst gut und erfolgreich waren — kann man in den achtziger und neunziger Jahren nicht mehr kochen — weil die Zutaten nicht mehr die gleichen sind.

Niemand soll hier gering schätzen, was in den vergangenen Jahrzehnten erreicht worden ist.

Niemand soll gering schätzen, was uns die Regierungsbeteiligung in den Konjunkturjahren gebracht hat. Es wäre politisch falsch und erst noch ungerecht. Aber kann man es einem 20jährigen denn verargen, dass ihn seine Zukunft mehr interessiert als die Erfolge unserer fernen Vergangenheit? Seine Zukunft fällt zusammen mit dem Beginn des ökologischen Kollapses. Da will er von uns Antworten hören.

Kann man es den weit über 50 Prozent politisch Abstinenten denn verargen, wenn sie nicht mehr daran glauben, dass mit der eidgenössischen Verordnungs-, Vollzugs-, Vernehmlassungs- und Verwaltungspolitik auch nur ein einziges anstehendes Problem noch in nützlicher Frist gelöst wird? Umweltpolitik, Arbeitsmarktpolitik und neue Technologien? Energiepolitik, Erziehungspolitik, Datenschutz, öffentlicher Verkehr — und ein bisschen Friedenspolitik? Alles stagniert. Und nicht erst seit dem 7. Dezember.

Die Verachtung der Bevölkerung gegenüber der offiziellen Politik nimmt zu. Da können wir noch soviel Konkordanz anbieten. Diese Verachtung ist ei-

ne Bedrohung für die Demokratie. Und wir werden mitverachtet, denn mitgegangen ist mitgefangen. Da kann sich der Bundesrat angeblich noch so fortschrittlich gebärden, er ist und bleibt in den Augen der Bevölkerung die Visitenkarte dieses verdorrten und lebensfeindlich gewordenen Systems.

Das Volk, wird behauptet, mache Opposition. Nichts davon ist wahr. Das Volk hat sich abgemeldet, ist aus der Demokratie ausgestiegen. Es herrscht die Minderheit eines 35-Prozent-Souveräns. Das ist alles, was politisch vom Volk noch übrig geblieben ist. Das aber kann auf die Dauer nicht gut ausgehen.

Und nun Genossen, lasst mich zu euch speziell etwas über die Frauen sagen. (Die Genossinnen können weghören!)

Bezeichnenderweise sind an diesem Parteitag nur ein Sechstel der Delegierten Frauen. In den letzten Jahren war es immer ein gutes Viertel. Regierungsbeteiligung eine 'Männersache'? Oder warum denn habt ihr sie zu Hause gelassen?

Jawohl, Genossen, wir waren zornig, wir waren wütend, wir waren masslos verletzt und enttäuscht. Jawohl, wir haben geweint, viele von uns an diesem 7. Dezember. Mit und für Lillian fühlten wir uns aufs tiefste verletzt.

Aber wenn jetzt vor allem die Frauen aus diesem Konkordanzmief hinausdrängen an die frische Luft, dann nicht aus Trotz — sondern aus Optimismus. Weil Frauen mit ihren Hoffnungen besser umgehen können. Weil für sie Politik immer auch etwas mit Liebe zu tun hat. Wenn Frauen zur SP kommen, dann aus Optimismus, Genossen, und nicht weil sie Schutz und Schirm bei Landesvätern suchen. Deshalb solltet ihr ein bisschen Vertrauen zu euren Genossinnen haben.

Sie haben nämlich keine Angst vor der Zukunft. Wäre es so, dann hätten sie längst aufgehört, euch die Kinder zur Welt zu bringen. Aber sie wollen auch an die Zukunft der Kinder glauben, sogar an jene der Enkel. Deshalb fällt ihnen das Handeln leichter, erkennen sie schneller, was notwendig ist und sein muss. Deshalb wollen sie *gemeinsam mit euch* an die frische Luft.

Wir sozialdemokratischen Frauen stehen zu unserer Partei. Aber das Schmieröl für unsinnige und gefährliche Konkordanzkapriolen wollen wir nicht sein. Dazu sind wir viel zu schade und auch zu stolz.

Genossinnen und Genossen, es wurde uns eingeredet, wir könnten gar keine Opposition machen. Da waren sich bürgerliche Propagandisten und sozialdemokratische Technokraten einig. Es ist eine Ausrede: weil man uns behalten will. Wer jetzt wieder und zuerst nach Kommissionen, Papieren, Reglementen ruft, die dann doch niemand liest, weil sie niemand versteht, dem muss gesagt werden, dass wir ein Programm haben, das *alle* Elemente einer Oppositionspolitik enthält. Man muss endlich anfangen, dieses Programm praktikabel zu machen. Opposition ist auch eine Frage der inneren Bereitschaft, ist eine Frage der Phantasie. Wir können Opposition machen, wenn wir keine Angst davor haben.

Genossinnen und Genossen, dies ist vielleicht unsere letzte Gelegenheit für lange, *selber* zu entscheiden, ob wir in dieser Regierung bleiben wollen oder nicht.

Aber was ist 1987?

Was 1991?

Das interessiert die jüngere Generation in der Partei.

Die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der Berner Politik wird nicht besser werden. Und als 17- oder 18-Prozent-

Partei wird der Freisinn über unsere Regierungsbeteiligung entscheiden. Dann könnte es heissen, raus aus dem Kinderzimmer und auf die Strasse mit uns.

Noch können wir selber entscheiden. Noch können wir aufrechten Ganges das freisinnige Herrschaftshaus durchs Hauptportal verlassen. Wir

müssen zurück auf die Strasse und zu den Menschen. So wie die Chemiarbeiter in Basel das getan haben — und sie haben sich durchgesetzt.

Natürlich traut man uns das jetzt nicht zu. Es ist an euch, an uns allen, jetzt zu entscheiden. Stimmt für den Austritt aus dem Bundesrat!

Stimmt für das Überleben und die Zukunft unserer Partei! Wir wollen Hoffnung schaffen, weil wir Hoffnung brauchen. Und wir können das auch.

Aber wir müssen an die frische Luft. Sonst ersticken wir. Und unsere Bewegung geht langsam zugrunde. Lasst uns gemeinsam an die frische Luft gehen.

Für den Austritt aus dem Bundesrat

Den Hoffenden eine Heimat

Von Lilian Uchtenhagen, Nationalrätin, Zürich

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

Ich habe bis jetzt zum Thema der Bundesratsbeteiligung geschwiegen. Ich habe geschwiegen, weil ich überzeugt bin, dass man diese Frage ausserhalb von Persönlichem sachlich zu entscheiden hat. Ich habe auch geschwiegen, weil ich mich einer Presse entziehen wollte, die in diesem Thema nur mögliche Sensationen und Skandale sieht.

Ich habe mir lange überlegt, ob ich heute überhaupt dazu sprechen soll. Ich tue es, weil ich als Frau Politik nie als Karriere empfunden habe, sondern als Arbeit an der Sache und weil deshalb für mich diese Nichtwahl an meinem politischen Engagement nichts ändert.

Ich bin dieser Partei nach jahrelanger Auseinandersetzung mit ihrem Gedankengut aus Überzeugung beigetreten. Ich habe in der Sozialdemokratischen Partei meine politische Heimat gefunden. Ich fühle mich ihrer Geschichte verpflichtet und ihrem Auftrag für die Zukunft. Ich möchte hier auch danken für die grosse Unterstützung, die ich von den Mitgliedern unserer Partei vor und vor allem

auch nach den Wahlen erfahren durfte. Diese Unterstützung hat für mich den Begriff «politische Heimat» zur Realität werden lassen.

Ich danke vor allem auch meinen Genossinnen. Ich habe in den letzten Wochen erfahren, dass es eine politische Solidarität der Frauen gibt, und ich bin überzeugt, dass die Frauen auf dem Wege sind, eine politische Kraft zu werden. Und dies nicht nur durch Unterstützung der bisherigen Politik, sondern durch den Aufbau eines neuen politischen Klimas. Das habe ich in den Wochen nach meiner Nichtwahl aus vielen Briefen herauslesen können. Ich bin nicht einmal sicher, ob ich ähnlich erfreuliche Briefe bekommen hätte, wenn ich gewählt worden wäre.

Niemand wird mich daran hindern, Politikerin zu sein und Politikerin zu bleiben. Niemand wird mich an meinem Engagement hindern. Ich bin nicht von euch nicht gewählt worden, sondern von den Bürgerlichen. Das macht mir die sogenannte Niederlage leicht, und ich danke euch in diesem Sinne für eure Wahl.

Damit ist für mich diese Sache erledigt. Ich spreche nicht als

ehemalige Kandidatin zu euch, sondern als Mitglied dieser Partei.

Wir brauchen diese Partei. Die Schwierigkeiten, die wir heute haben, sind nicht ausgelöst worden durch diese Sache, sondern durch die riesige Last von Aufgaben, die wir erfüllen müssen.

Wir müssen einerseits das Erbe der Vergangenheit verwalten, das mühsam Er kämpfte an materieller Besserstellung des Arbeitnehmers und an sozialer Sicherheit verteidigen und im Rahmen des Möglichen und des Sinnvollen ausbauen. Andererseits müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass im Zentrum der Auseinandersetzungen in unserer Industriegesellschaft heute weniger die Ausbeutung des einzelnen Arbeitnehmers steht als vielmehr die Ausbeutung und Zerstörung dieser unserer Welt, ihrer Natur, ihrer Ressourcen, ihrer Rohstoffe. Die Ausbeutung der Menschen — sie findet heute insbesondere in der Dritten Welt statt; auch sie zu bekämpfen ist unsere sozialistische Verpflichtung. Immer deutlicher müssen wir Sozialdemokraten überdies auch als Sachwalter und Verteidiger unserer Demokratie auftreten und